

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 3.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zingierstraße 14, L. Tel. 3468. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expeditions: Gr. Zingierstraße 14. Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die gewöhnliche Zeitspalt mit 20 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 52.

Dresden, Sonnabend den 2. März 1912.

23. Jahrg.

Bezahlter Patriotismus.

„Ich habe doch für die Monarchie, für die bestehende Staatsordnung und für das Eigentum mich nicht so ins Zeug zu legen, wie die Herren, die dafür bezahlt werden!“

(Herr v. Camp in der Reichstagsdebatte vom 28. Februar 1912.)

Eine der bestbelegtesten Schlagworte im Vortrage der herrschenden Klassen ist der Patriotismus. Dinge es nach den Versicherungen, die uns aus den Reihen der Interessenten der bestehenden Staatsordnung ständig in die Ohren schallen, so müßten sie erfüllt sein von glühender Vaterlandsliebe, und müßten in der opfervollsten Weise diese ganz uneigennützig empfundenen Pflichten, wo sich ihnen nur die Gelegenheit dazu bietet. In diese patriotische Faule hat der freimaurerliche Abgeordnete v. Camp ein großes Loch geschlagen. Es war bei den Parteien der Rechten vom Beginn der Reichstagsdebatten an eine Nichtstimmung gegen die Beamtenschaft zum Durchbruch gekommen, weil diese Leute angeblich im Wahlkampf nicht mit genügendem Nachdruck für die staatsverhaltenden Parteien gegen die Sozialdemokratie sich ins Zeug gelegt und damit zu dem für den schwarzen Blau recht unbewussten Wahlergebnis beigetragen hätten. In solchen Beschwörungen tritt natürlich nur die Nichtstimmung der Geschlagenen zutage, die nach einem Ländchen lachen; denn, was das so in Deutschland der Brauch, hat auch diesmal das Beamtentum, so weit es seine Meinung öffentlich dokumentierte, sich auf die Seite der herrschenden Klassen und ihrer parlamentarischen Vertreter gestellt. So haben auch diesmal gerade die oppositionellen Parteien, besonders die Sozialdemokraten, wieder hinreichend Grund zur Klage über unzulässige Einmischung der Behörden in die Wahlen. Das Gezer der Schwarzblauen über die mangelnde Unterstützung der Beamtenschaft stellt die Dinge geradezu auf den Kopf.

Während nun aber die anderen Redner der Rechten sich im Einklang mit ihrer Presse hauptsächlich darüber beschwerten, daß die Regierung und ihre Beauftragten nicht hinreichend die Herrlichkeiten der Finanzreform dem Volke angekündigt hätten, ging Herr v. Camp mit seinen Vorwürfen gleich auf ganz und erklärte, daß er sich patriotisch nicht so zu engagieren brauche — „wie die Herren, die dafür bezahlt werden!“

Diese Offenherzigkeit ist zwar nur einem Ausbruch menschlichen Unmuts zu danken, sie ist aber ein um so wertvolleres Eingeständnis, da sie völlig der Denkweise des kapitalistischen Ausbeutertums entspricht. Patriotisch ist es nach dessen Auffassung, wenn man die Monarchie, die bestehende Staatsordnung und das Eigentum gegen jedwede Umsturz- oder auch nur Antastungsgefahr schützt. Denn da der Kapitalismus in jenen Einrichtungen seinen Ausdruck findet, müssen sie im Interesse der Ausbeuter des Kapitalismus aufrecht erhalten werden, koste es, was es wolle. Die kapitalistischen Unternehmer wollen ja auch für den Schutz ihrer Interessen einen guten Wagen Geld draufgeben lassen. Deshalb beklagen sie jährlich an die anderthalb Milliarden für das herrliche Kriegsgeschütz und die noch herrlichere Flotte. Deshalb tragen sie auch nicht mit Anordnungen für Beamtenschaft und Polizei. Deshalb sind sie auch sehr dafür, daß allen Staatsbürgern von Kindesbeinen an die Lehre eingeprägt wird, es sei eine patriotische Pflicht, alle jene schönen Einrichtungen, die dem Kapitalismus dienlich sind, zu schützen und zu erhalten, selbst mit Aufopferung des eigenen Lebens. Für die Einreicherung solcher mächtiger Lehren bewilligen die Ausbeuter deshalb auch gern erhebliche Summen der Selbstlosigkeit und Ehrlichkeit. Um so freizügiger können die Kapitalisten in der Befolgung ihrer Schutztruppen und Werkzeuge sein, da sie das Geld dafür ja nicht aus ihren eigenen Taschen nehmen, sondern es durch ein raffiniertes Steuersystem von den Bevölkerungsmassen erpressen, die ihnen auch sonst für ihren Privatvorzügen als Ausbeutungsobjekte dienen.

Denn was der Kapitalist nicht gern tut, ist: mit seiner eigenen Worten und werblichen Persönlichkeit in die Besche zu springen, oder auch nur in die eigenen tiefen Taschen zu greifen. Patriotismus ist ein Schlagwort, das ihm dient, um andere Leute zur Aufopferung seiner, des Herrn Kapitalisten, Interessen anzutreiben.

Man diesen Anschauungen ging auch Herr v. Camp aus, als er seinem Unwillen über die lässigen Goldempfinger des Kapitalismus Luft machte. Typisch ist seine Denkweise, wie der ganze Mann eine typische Erscheinung ist. Als mehrjähriger Wasserbauingenieur, als Offizier und gleichzeitig Mitglied großer industrieller Unternehmungen in Preussensland stehen in seiner Persönlichkeit Agrarkapital und Industriekapital zu einer schönen Einheit zusammen. Je weniger er in die Interessen kämpfe zwischen den Kapitalistengruppen hingerissen werden kann, um so deutlicher kommt ihm die Begierde der gesamten Kapitalistenklasse gegen die Arbeiter zum Bewußtsein. Und wie die amerikanischen Kapitalisten zur Bewaffnung streikender bewaffneter Soldatruppen, die in Amerika angeworben haben, so sah Herr v. Camp die Beamtenschaft als eine Soldatruppe im Dienste und zur Verteidigung der Kapitalisten auf. Sie sind die Schutzwehr gegen den Umsturz, die haben die Sozialdemokratie zu bekämpfen, sei es auch unter Vorbehalt ihrer Antipathie; dafür werden sie bezahlt.

Eine reizvolle Ausgestaltung dieses Gedankens liegt aber noch darin, daß der entrüstete Kapitalist es auch ablehnt, sich zum Schutz der Monarchie Ungelegenheiten zu machen. Auch dafür sind die bezahlten Soldaten des Kapitalismus, die Beamten, da. Königstreue gegen Bezahlung, Patriotismus gegen Bezahlung: alles ist käuflich, alles hat seine Tage! Zwar neu ist das nicht. Aus dem Hause der lautesten Brähler mit königstreuer Gesinnung, aus dem agrarischen Reichthum erschoß einst die Drohung, daß bei Beseitigung der Königsreihe die Throne trachten würden. So lange der Thron sich als ein Hort der irdischen Befriedigung agrarischer Profiteure erweist, kann er auf lärmende Huldigungen seitens der agrarischen Nutznießer rechnen. Wehe aber, wenn unsere Gesetzgebung der Liebesgabenpolitik abträglich werden sollte, dann verdunkeln die hehren monarchischen Ideale wie abgestandenes Bier an der Sonne, und übrig bleibt nur die trübe Dose enttäuschter Profiteure.

So verdient denn die Offenherzigkeit des Herrn v. Camp dem Schrage sozialdemokratischen Aufführungsmaterials einverleibt zu werden. Unter der heutigen Anhängererschaft der bürgerlichen Parteien gibt es noch Millionen naider Menschen, die den patriotischen Vortragsstoff der herrschenden Klassen für bare Münze nehmen. Herr v. Camp wird uns helfen, ihnen die Augen zu öffnen. Vor allem aber lohnt es sich, den Beamten die Frage vorzulegen, ob ihnen die Rolle gefällt, die ihnen die Nutznießer des Kapitalismus zumuten. Wollen sie ihren Dienstvertrag so auslegen lassen, daß sie gegen Bezahlung die Sozialdemokratie zu bekämpfen haben, ganz gleich, welchen Anschauungen sie selber huldigen? Wollen sie sich herabwürdigend lassen zu Pinferton-Soldaten des Kapitalismus?

Herr v. Camps Zumutung kann viel dazu beitragen, daß auch in den Reihen der Beamten die Erkenntnis wächst von der Unberechenbarkeit des kapitalistischen Systems mit Freiheit, Volkwohl und Menschenwürde.

Der Kampf in England.

L. K. London, 29. Februar.

Die Regierungssaktion hat nichts gefürchtet: binnen wenigen Stunden wird der Generalstreik eine Tatsache sein. Aber dennoch beanspruchen die Ereignisse des gestrigen Tages ein großes Interesse, weil sie eine Anzahl wichtiger Punkte aufgedeckt haben. Zunächst ist die Tatsache zu verzeichnen, daß die Bergarbeiter einen entscheidenden moralischen Sieg errungen haben. Die erste der vier Thesen, die die Regierung den Parteien zur Annahme vorgelegt hat, besagt, daß die Regierung nach sorgfältiger Erwägung zu der Ueberzeugung gekommen ist, daß es Fälle gibt, wo Untertagearbeiter aus Gründen, die außerhalb ihrer Kontrolle stehen, keinen gerechten Minimallohn verdienen können. Die zweite These lautet dahin, daß die Regierung überzeugt ist, daß den Arbeitgebern auf Grund von Distriktsabmachungen die Möglichkeit gegeben werden sollte, einen solchen Minimallohn zu verdienen, wobei die Grubenherren gegen dessen Mißbrauch geschützt werden sollen. Es ist also festzuhalten, daß die Regierung die grundsätzliche Forderung der Arbeiter ausdrücklich und in vollem Umfang als gerecht anerkannt hat.

In der dritten und vierten These erklärt sich die Regierung bereit, an den Distriktsverhandlungen zur praktischen Durchführung der Minimallohnforderung teilzunehmen und Streitpunkte, über die sich die Parteien etwa nicht einigen könnten, durch Regierungsvertreter im Sinne der beiden ersten Thesen entscheiden zu lassen. Die Antworten der Parteien auf diese Regierungsvorschläge haben einen weiteren bemerkenswerten Punkt gefördert: die völlige Einigkeit der Arbeiter und die völlige Gefährdung der Grubenherren.

Die Arbeiter antworteten auf die Regierungsvorschläge zunächst mit einer Resolution, die im Einklang mit ihren früheren Beschlüssen erklärte, daß nur die Annahme des Grundgesetzes des Minimallohnes zu einer Einigung führen könne, und daß die Arbeiter auch jetzt noch bereit seien, über die Höhe der einzelnen Distriktsminimallohne mit den Grubenherren zu verhandeln. Soweit die Delegiertenkonferenz der Bergarbeiter. Der Ministerpräsident versuchte dann in einer Anzahl von Konferenzen den Vorstand des Bergarbeiterverbandes zu Konzessionen in bezug auf die Höhe der Minimallohne zu bewegen, aber er erzielte damit nur, und konnte bei der demokratischen Organisation des Bergarbeiterverbandes nur erklären, daß der Vorstand ausdrücklich erklärte, daß er in den Thesen 3 und 4 vorgeschlagenen Verhandlungen die in den Thesen 3 und 4 vorgeschlagenen Verhandlungen nur unter der Voraussetzung eintreten könne, daß die Minimallohne in der von der Delegiertenkonferenz am 2. Februar revidierten, aber endgültig fixierten Höhe anerkannt werden. Mit Bezug auf die Frage der Schutzmaßnahmen gegen den Mißbrauch des Minimallohnes, und ob die Arbeiter einem Schiedspruch darüber zustimmen würden, wollte der Vorstand keine Meinung äußern, er ließ also diese Frage offen. Die Arbeiter lehnen es mit anderen Worten keineswegs ab, vernünftige Garantien zu

schaffen, daß etwa träge Arbeiter den geschützten Minimallohn mißbrauchen, und sie wären zweifellos bereit, die Einführung beiderseitiger Kontrollen zu diskutieren. Damit fällt auch das Gerücht der Schatzmacher von Sabotage und Irritationsstreik zum Boden.

Die Antwort der Grubenherren war nichts weniger als einmütig. Die mittelländischen Bergbesitzer nahmen die Regierungsvorschläge ohne weiteres an. Dasselbe taten die von Durham, aber unter verdaulichem Protest. Die Grubenherren von Cumberland willigten ebenfalls ein. Dagegen lehnten die Unternehmer von Northumberland mit einer Mehrheit ab. Die schottischen Grubenherren lehnten die Vorschläge ab, erklärten sich aber zu Konzessionen in der Frage der abnormen Stellen bereit. Die südwalisischen Grubenherren lehnten schroff ab. Das von der Regierung veröffentlichte Communiqué erklärt, daß nach der Produktion betreffen 60 Prozent aller Unternehmer die Regierungsvorschläge angenommen haben. Diese Tatsache rechtfertigt die Forderungen der Arbeiter vielleicht noch mehr, als ihre prinzipielle Anerkennung durch die Regierung. Was also dem Frieden im Wege steht, das ist die Stiefmütterlichkeit einiger Schatzmacher in Schottland, Northumberland und vor allem Südwales. Dagegen hat sich das Gerücht der bürgerlichen Presse, daß die ganze Schwierigkeit durch die „Extremisten“ unter den südwalisischen Arbeitern verschuldet sei, als gänzlich falsch erwiesen, denn die Bergarbeiter aller Distrikte stellen durchaus einmütige Forderungen auf. In der Öffentlichkeit macht sich denn auch immer deutlicher ein Gefühl der Erbitterung gegen die Schatzmacher bemerkbar, die aus Profitgier oder reinem Trotz die Gesamtheit in die schwerste Krise stürzen. So wird auch das Verlangen, daß die Regierung die Schatzmacher auf gesetzlichem Wege zum Nachgeben zwingen müsse, immer nachdrücklicher. Der Vorschlag ist aber nicht nur außerordentlich schwer durchzuführen, sondern auch für die Arbeiter nicht ohne Gefahren. Denn führt ein Gesetz den Minimallohn ein, dann wird man wohl auch die „Schutzmaßnahmen gegen Mißbräuche“ gesetzlich festlegen wollen, und dafür werden sich die Arbeiter schon bedanken. Jetzt legt man alle Hoffnungen darauf, daß die Regierung durch weitere Vermittlungsversuche den Generalstreik so schnell wie irgend möglich beilegen werde.

Die gestrige Delegiertenkonferenz des Bergarbeiterverbandes sah auch ihrerseits den Beschluß, daß die zur Sicherheit der Gruben nötigen Arbeiten, wie Ventilation, Wasserpumpen, Fütterung der Grubenpönde, verrichtet werden sollen, vorausgesetzt, daß keine Röhre gefördert wird. Aus allen Distrikten wird entweder der Anfang des Streiks oder die letzten Vorbereitungen zu demselben gemeldet. Die Stimmung der Arbeiter ist überall eine musterhafte und voll Kampfeszucht. In Südwales begannen auch die Grubenmaschinisten, deren Organisation 9000 Mitglieder zählt, den Streik um einen Minimallohn, so daß dort auch, abgesehen vom Generalstreik, der Betrieb eingestellt werden müßte.

Die Regierung hat gestern eine vorläufige Statistik der Kohlenproduktion von 1911 veröffentlicht. Danach sind 1911 im ganzen Reiche 271 878 924 Tonnen gefördert worden gegen 264 417 588 im Vorjahre, also eine Zunahme von fast 7 1/2 Millionen Tonnen. Die Zahl der beschäftigten Arbeiter betrug 1 067 213, eine Zunahme gegenüber dem Vorjahre von 17 906. 863 512 waren Untertagearbeiter, 203 701 arbeiteten an der Oberfläche. Die Produktion weist eine Zunahme von 2,82 Prozent auf, die Zahl der beschäftigten Arbeiter dagegen nur eine solche von 1,70 Prozent.

Eine Million im Kampfe.

London, 1. März. Die Zahl der heute früh im Ausstand befindlichen Bergarbeiter beträgt 1 065 000 Mann.

Parlament, Regierung und der Streik.

London, 1. März. In den Wandlungen der Kammer ist man allgemein davon überzeugt, daß der Ausstand, obgleich er nicht vermieden werden konnte, auf alle Fälle nur von kurzer Dauer sein werde. Es besteht die Hoffnung, daß am Montag, falls bis dahin keine Verständigung unter den Parteien zustandekommt, der Ministerpräsident einen Gesetzentwurf über die Einführung des Minimallohnes einbringen wird. Andererseits heißt es, die Regierung trage sich mit der Aussicht, einen Teil der Gruben in staatliche Verwaltung zu übernehmen, und zwar können hauptsächlich diejenigen Gruben in Betracht, deren Besitzer sich weigern sollten, den Minimallohn einzuführen. Man glaubt, daß ein solcher Gesetzentwurf auch im Oberhaus eine günstige Aufnahme finden würde. Im Unterhaus ist man gegen eine derartige Lösung, da man befürchtet, daß durch dieses Beispiel auch andere Arbeitgeberklassen den Versuch machen würden, auf diesem Wege bessere Arbeitsbedingungen den Versuch machen würden, auf diesem Wege Konzessionen zu erlangen. Es geht ferner das Gerücht, daß im Schoße des Ministeriums ernste Meinungsabgrenzungen über die Art und Weise, in der die Lösung des Konfliktes herbeizuführen sei, bestehen. Die öffentliche Meinung verlangt nämlich nach einer Beilegung des Streiks, gleichviel, auf welchem Wege dies geschehen würde.

Wirkungen des Streiks.

London, 1. März. Die Geschäftstätigkeit greift langsam auf Handel und Industrie über. Auch die Schifffahrt ist in ernsthafte Mitleidenschaft gezogen. Selbst die großen Linien geben bekannt, daß in den Verkehrsplänen Verschiebungen